



Gastkommentar

Höchste Zeit für empörten Aufschrei der Wirtschaft

25.08.2022 um 15:36

von **Christian Kdolsky**

Die Volkspartei muss ihre Verzögerungspolitik im Klimaschutz beenden.

Der Autor:

Christian Kdolsky hat an der FH Salzburg studiert. Er ist Kampagnensprecher des Klimavolksbegehrens.

Mit ihrer Blockade des Klimaschutzgesetzes führt die ÖVP ihre Hauptzielgruppe an der Nase herum. Schaffen wir es nicht, bis 2030 die Treibhausgasemissionen massiv zu senken, schadet das nämlich vor allem der Wirtschaft, die immer wieder als Ausrede für die Verzögerung des Klimaschutzgesetzes herangezogen wird. Wir vom Klimavolksbegehren wissen nicht nur aus unseren Gesprächen mit Führungskräften der Wirtschaft und Industrie, dass sie die Verzögerungspolitik im Klimaschutz längst leid sind.

Darum wird es Zeit für einen empörten Aufschrei der Wirtschaftstreibenden und Führungskräfte gegen die Anti-Klimaschutz-Strategie der ÖVP, mit der sie das Land sehenden Auges in die Klimakatastrophe manövriert.

Laut einer Deloitte-Studie denken zwei Drittel der Befragten nicht, dass die österreichische Wirtschaft bis 2040 klimaneutral produzieren wird. Vor allem große Betriebe mit mehr als 250 Beschäftigten spüren bereits die direkten Auswirkungen des Klimawandels, 60 Prozent der Befragten nehmen die Folgen

schon wahr. Diese könnten Österreich bis 2070 ohne Gegenmaßnahmen 100 Milliarden Euro und 900.000 Arbeitsplätze kosten.

Wirtschaftsstandort gefährdet

„Die Wirtschaft“, das sind für ÖVP-Klimasprecher Johannes Schmuckenschlager nicht einzelne Betriebe, sondern Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung, die ebenfalls noch nicht begriffen haben, dass ihre völlig veralteten Positionen zur Energiewende sie als Standesvertretungen untragbar machen. Um die langfristigen Gas-Lieferverträge mit Russland zu rechtfertigen, entpuppt sich die Wirtschaftskammer immer mehr als fossile Lobby.

Schon längst kritisieren Unternehmen - vorerst noch hinter vorgehaltener Hand - die energiepolitische Inkompetenz der Vertreterorganisationen, die den Wirtschaftsstandort Österreich so mutwillig gefährden.

Strafzahlungen werden fällig

Was die ÖVP offensichtlich in ihrem Bestreben nach Befriedigung der mächtigen Standesvertretungen nicht verstanden hat, ist die Tatsache, dass Klimapolitik auch Energie- und damit Standortpolitik bedeutet. Das Klimaschutzgesetz bietet genau den langfristigen Plan, der mit Maßnahmengesetzen umgesetzt wird. Je verbindlicher das Klimaschutzgesetz, desto mehr Notwendigkeit wird etwa für die Finanzierung von Erneuerbaren und Infrastruktur geschaffen.

Österreich wird nach den derzeitigen Berechnungen die internationalen Verpflichtungen im Klimaschutz verfehlen. Dadurch werden Strafzahlungen in Form von Zertifikatskäufen fällig. Laut Rechnungshofbericht 2021 sind das bis zu 9,2 Milliarden Euro, die 2030 fällig werden, wobei die ersten Zahlungen bereits 2027 geleistet werden müssen.

Zu fragen ist, warum wir es riskieren, diese Summen in der **EU** zu verteilen, statt sie sinnvoll in den Ausbau der heimischen Energie-Infrastruktur zu investieren.

Die hausgemachte Gas-Abhängigkeit hat aber nicht nur die Energiekrise herbeigeführt, sondern birgt auch die Gefahr der inneren Instabilität. Der Umstieg auf erneuerbare Energien dagegen sichert Österreichs Unabhängigkeit und damit den sozialen Frieden.

Darum fordern wir die ÖVP dazu auf, sich von den rückwärtsgewandten Positionen ihrer Vorfeldorganisationen zu emanzipieren. Es braucht ein verbindliches, verfassungsrechtlich abgesichertes Gesetz mit klaren Verantwortlichkeiten und einer Gegensteuerung bei Zielverfehlung. Auch die Wirtschaft weiß, dass man ohne Plan nicht wirtschaften kann.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Gastkommentare und Beiträge von externen Autoren müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

>>> Mehr aus der Rubrik „Gastkommentare“